

14. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008
– Drucksache 14/3403**

**Denkschrift 2008 zur Haushaltsrechnung 2006;
hier: Beitrag Nr. 3 – Landesschulden**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 zu Beitrag Nr. 3
– Drucksache 14/3403 – Kenntnis zu nehmen.

18. 09. 2008

Die Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/3403 in seiner
29. Sitzung am 18. September 2008.

Die Berichterstatterin legte dar, der Rechnungshof weise darauf hin, dass
2007 nochmals netto 1 Milliarde € an neuen Krediten aufgenommen worden
sei. Die Schulden des Landes – einschließlich der verlagerten Verpflichtungen –
hätten sich deshalb zum Ende des Jahres 2007 auf 44,2 Milliarden € erhöht.
Nach Auffassung des Rechnungshofs wäre 2007 eine Nettokreditaufnahme
vermeidbar gewesen. So sei das Haushaltsjahr 2007 mit einem kassenmäßigen
Überschuss von 0,7 Milliarden € abgeschlossen worden. Außerdem sei noch
ein Überschuss von 0,3 Milliarden € aus dem Jahr 2006 vorhanden gewesen.

Ausgegeben: 18. 11. 2008

1

Durch die weiteren Kreditmarktschulden habe sich die Pro-Kopf-Verschuldung um 1,5 % auf 3 881 € erhöht. Auch der Aufwand für den Schuldendienst sei auf 7,6 Milliarden € gestiegen, sodass hierfür nach wie vor ein Fünftel der Gesamtausgaben aufgewendet werden müsse. Dadurch sei der finanzielle Handlungsspielraum des Landes unverändert stark eingengt.

Der Rechnungshof lege dar, dass die Haushaltslage im Haushaltsjahr 2007 durch das höhere Steueraufkommen wesentlich verbessert worden sei. Er fordere aber nach wie vor, eine Neuverschuldung durch die Verankerung eines Verschuldungsverbots in der Landesverfassung auszuschließen und die Haushaltssanierung durch nachhaltig wirkende strukturelle Einsparmaßnahmen sicherzustellen.

Sie schlug folgende Beschlussempfehlung an das Plenum vor:

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs zu Beitrag Nummer 3, Drucksache 14/3403, Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der Grünen führte an, der Rechnungshof erwähne auf Seite 22 der Denkschrift die Erstattung von Schuldendienstleistungen an die LBBW Immobilien Projektmanagement. Ihn interessiere, was sich dahinter verberge.

Der Ausschussvorsitzende hielt auf Nachfrage die Zusage fest, dass die Antwort auf die Frage des Abgeordneten der Grünen schriftlich nachgereicht werde.

Der Ausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag der Berichterstatterin einstimmig zu.

05. 11. 2008

Ursula Lazarus